

Kritik an Werkrealschulabschluss- Abschaffung: Gemeinden warnen vor Folgen

Gemeindetag kritisiert geplantes Ende der Werkrealschulen in BW, warnt vor Schließungen und Bildungsungerechtigkeit im ländlichen Raum.

In Baden-Württemberg gibt es heftige Auseinandersetzungen über die geplante Abschaffung des Werkrealschulabschlusses. Die Gemeinden äußern scharfe Kritik an dieser Entscheidung, die mit dem kommenden Schuljahr in Kraft treten soll. Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetags, machte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur deutlich, dass die Communities den Plan, zukünftig an Werkrealschulen lediglich den fünfjährigen Hauptschulabschluss anzubieten, entschieden ablehnen. Aus seiner Sicht sind die 224 Werkrealschulstandorte für das Bildungssystem des Landes unverzichtbar, sowohl wegen ihrer pädagogischen Erfolge als auch aufgrund ihrer Bedeutung für die Schulraumressourcen.

Jäger warnt vor den möglichen Konsequenzen einer solchen Herabstufung zu reinen Hauptschulen. Die Befürchtung besteht, dass dies zu einem deutlichen Rückgang der Anmeldungen an diesen Schulen führen könnte, was in der Folge die Schließung vieler Standorte zur Folge haben würde. Diese Sorgen speisen sich aus Erfahrungen, dass die Anmeldezahlen in der fünften Klasse oft nicht repräsentativ sind, da viele Schüler erst später zu Werkrealschulen wechseln. In vielen Fällen starten Werkrealschulen daher in der fünften Klasse mit einemzügigen Klassen, haben jedoch spätestens ab der siebten Klasse viele Schüler und sind dann zweizügig.

Letzte Chance für den Abschluss

Mit Beginn des Schuljahres am Montag startet der letzte Jahrgang an den Werkrealschulen, der die Möglichkeit hat, den Werkrealschulabschluss zu erlangen. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) kündigte an, dass dieser Abschluss im Schuljahr 2030/2031 zum letzten Mal angeboten wird – damit haben die Schüler des aktuellen Jahrgangs die Gelegenheit, den Abschluss später zu wiederholen. Die grün-schwarze Koalition hat sich jedoch dafür entschieden, den Werkrealschulabschluss abzuschaffen, um das Schulsystem in Baden-Württemberg zu vereinfachen.

Trotz dieser Vereinfachung gibt es Bedenken hinsichtlich der Zukunft der bestehenden Werkrealschulen. Jäger weist darauf hin, dass diese Schulen im ländlichen Raum besonders auf Unterstützung angewiesen sind. Die Möglichkeit, werkrealschulische Verbände mit Realschulen oder Gemeinschaftsschulen zu bilden, sei in vielen ländlichen Gebieten aufgrund der großen Distanzen oft wenig praktikabel. Suchmöglichkeiten zur Sicherung der schulischen Standorte sind daher sehr eingeschränkt und könnten zu weiteren Überlegungen über die Schulsituation in der Region führen.

Die geplante Maßnahme steht im Licht der allgemeinen Bestrebungen der Landesregierung, das Bildungssystem zu modernisieren und Downgrade-Risiken für Werkrealschulen abzufedern. Der Widerstand der Gemeinden zeigt jedoch, wie komplex das Thema ist und wie entmutigend sich die Veränderungen für viele Eltern und Lehrkräfte anfühlen müssen. Die Herausforderungen der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg werden sich weiterhin verschärfen, während die Diskussion über die Rolle der Werkrealschulen und ihre Zukunft fortbesteht.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de